

AUCTORITY
IMPACT BEYOND POWER

Bürokratie – eine Zukunftsfrage

Studie zur Bürokratie-Belastung in der
chemisch-pharmazeutischen Industrie
Norddeutschlands

In Kooperation mit der Aucturity GmbH

März 2026



Vorwort

Kaum eine Branche ist so intensiv reguliert, wie die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland: Dokumentationen, Beauftragte, Gutachter, Audits, Zertifikate, Genehmigungen, aber auch technische Anforderungen an Anlagen – um nur einige Beispiele zu nennen – setzen die Wirtschaftlichkeit von Betrieben und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie immer weiter unter Druck.

Deshalb haben wir 2024 unser Center of Excellence Bürokratieabbau (CoEB) gegründet.

Eine der ersten Aufgaben unseres CoEB war die Zusammenstellung und Entwicklung konkreter Vorschläge zum Bürokratieabbau. Hier haben wir mehr als 100 konkrete Empfehlungen in die Diskussion eingebracht.

Zusätzlich zeigen wir mit der vorliegenden Umfrage noch einmal klar auf, welchen bürokratischen Belastungen die überwiegend mittelständisch geprägte chemisch-pharmazeutische Industrie im Norden ausgesetzt ist. Die Ergebnisse verdeutlichen einmal mehr, wie dramatisch sich die Situation unserer Mitgliedsunternehmen zugespitzt hat. So kann es nicht weitergehen!

Deutschland braucht eine wettbewerbsfähige chemisch-pharmazeutische Industrie und den Erhalt unserer Wertschöpfungsketten, um die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam zu meistern.

Über die Ergebnisse der Umfragen wollen wir gerne mit Ihnen ins Gespräch kommen, um die Rahmenbedingungen gemeinsam besser zu gestalten.



Dr. Sarah Saeidy-Nory
Hauptgeschäftsführerin
VCI Nord

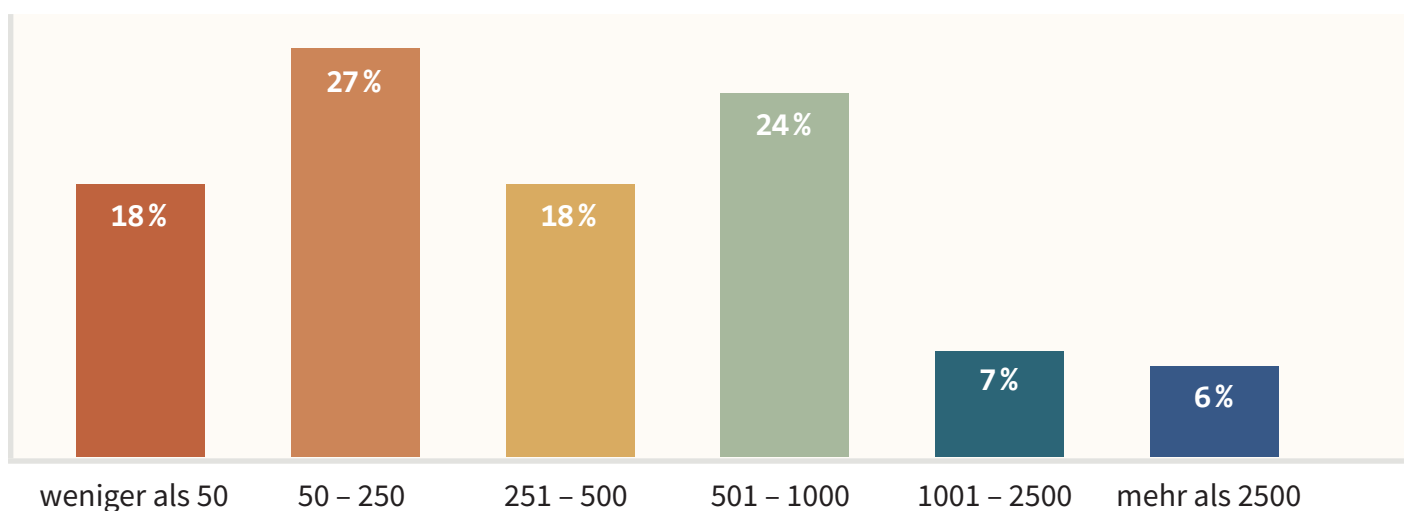


Verena A. Wolf
Leiterin
Center of Excellence Bürokratieabbau
VCI Nord

Über die Studie

An dieser Studie haben im Zeitraum vom 6.11.2025 bis 2.12.2025 insgesamt 187 unserer Mitgliedsunternehmen teilgenommen. Die Struktur dieser Stichprobe ist klassischer, traditioneller Mittelstand im besten Sinne. Die Hälfte der Unternehmen existiert seit mehr als 100 Jahren, ein weiteres Drittel seit mehr als 50 Jahren.

Wie viele Beschäftigte hat Ihr Unternehmen?



87 % der befragten Unternehmen hatten weniger als 1.000 Beschäftigte, 45 % sogar unter 250 Beschäftigte. Demgegenüber hatten gerade einmal 12 teilnehmende Unternehmen (6 %) mehr als 2.500 Beschäftigte.

Die teilnehmenden Personen aus den Unternehmen gehörten zu 53 % der Geschäftsführung an, 18 % waren in der Bereichs-/Abteilungsleitung, 13 % in Stabsstellen, die weiteren Teilnehmenden hatten sonstigen Leitungs-/Spezialistenrollen inne.

Branchenintern unterteilen sich die Unternehmen in 35 % Formulierer, 18 % Grundstoffchemie, 15 % Verarbeiter und 10 % Pharmaunternehmen. 21 % können keiner Einzelkategorie zugeordnet werden.

Die rege Teilnahme an dieser Studie hat uns bereits zu Beginn gezeigt:
Die Sorgen und Nöte der Branche in Bezug auf überbordende Bürokratie sind enorm.

Ein Teil der Fragen in dieser Studie wurde in identischer Form einer Beschäftigten-Studie zum Thema Bürokratie von Dr. Bodo Antonic entnommen, wodurch zu bestimmten Fragestellungen ein näherungsweiser Vergleich zwischen der chemisch-pharmazeutischen Industrie und der Gesamtsituation in Unternehmen gezogen werden kann.

Die Last der Bürokratie

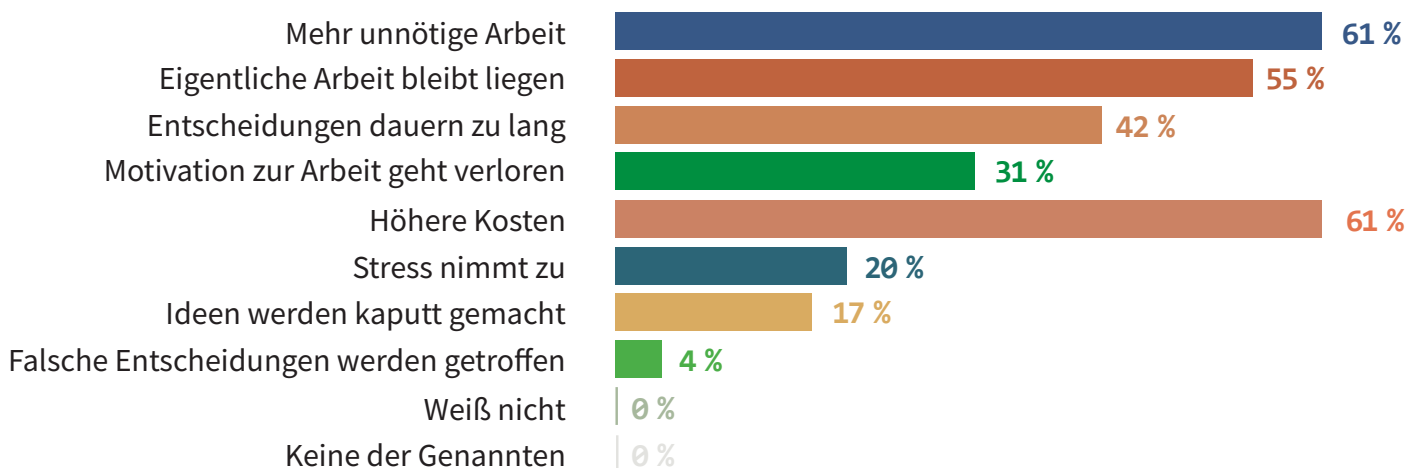
Versetzen Sie sich für einen Moment in die Rolle als Geschäftsführer/in eines mittelständischen Unternehmens der chemischen Industrie in Norddeutschland mit ungefähr 400 Beschäftigten. Durch die geopolitische Lage und die schleppende Konjunktur stagniert gerade die Nachfrage, die Auslastung liegt vielleicht bei 70 %. Dennoch kommen Sie kaum dazu, sich ausreichend um neue Geschäftskontakte, Produktentwicklung oder auch Weiterbildung und Mitarbeiterbindung zu kümmern, denn der halbe Tag geht leider für Bürokratie drauf. Das ist die Realität: 48,5 % ihrer Arbeitszeit müssen unsere Befragten für Bürokratie aufwenden!

91 % sagen:

„Es werden nie Regelungen gestrichen, immer sind neue dazu gekommen, ohne dass ein Mehrwert für das Unternehmen erkennbar war.“

Müssen? Ja. Denn 89 % nennen die Notwendigkeit zur rechtlichen Absicherung als Hauptgrund für die Bürokratielast im Unternehmen. Wer Gesetze nicht genauestens studiert und richtig interpretiert, riskiert die „license to operate“. Erschwerend hinzu kommen Industriestandards, die sich bei 62 % der Befragten als Belastung niederschlagen. Und so sind Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie regelrecht gefangen in einem Netz von externer Regulierung und Normierung, dem man sich kaum entziehen kann.

Welche dieser Folgen von Bürokratie entstehen im Unternehmen, für das Sie tätig sind?



Die betrieblichen Folgen dieser Bürokratielasten sind breit gefächert, betreffen Geschäftsleitung und Beschäftigte. Für 61 % ist Bürokratie direkt mit höheren Kosten verbunden. Der Kostenaspekt der Bürokratie wiegt somit in der chemisch-pharmazeutischen Industrie deutlich schwerer als in anderen Wirtschaftsbereichen mit 40,4 %. Ebenfalls 61 % der Befragten beklagen unnötige Mehrarbeit, und bei 55 % bleibt zudem die eigentliche Arbeit liegen. Darüber hinaus dauern Entscheidungen zu lange (41 %). Ein knappes Drittel (31 %) sieht zudem die Motivation schwinden, Stress nimmt zu (20 %) und Ideen werden kaputt gemacht (17 %).

Die Kosten der Bürokratie

Generell sind 94 % der Befragten der Auffassung: Die gesetzlichen Regelungen in der chemisch-pharmazeutischen Industrie sind zu aufwändig und zu teuer.

Wir wollten das vertiefen und von unseren Mitgliedsunternehmen wissen, welche konkreten gesetzlichen Vorgaben sich am stärksten auf die Wirtschaftlichkeit des laufenden Betriebs auswirken.

84 % sagen:

„Weil durch die Bürokratie der Kostendruck steigt, stehen die Unternehmen schlecht da, und es fehlt Geld für Neuinvestitionen.“

Mehr als die Hälfte der Unternehmen (56,6 %) drücken die umfassenden Dokumentationspflichten. Den zweiten Rang nehmen mit 42,3 % das Chemikalienrecht und die Kennzeichnung ein. Ungefähr auf gleicher Höhe folgen das allgemeine Planungsrecht mit 33,7 % sowie Umweltrecht (Boden/Luft/Wasser) mit 32,6 %.

Im Unterschied zu anderen Branchen ist die chemisch-pharmazeutische Industrie von einer größeren Bandbreite spezialgesetzlicher Regelungen betroffen.

Eine kleine Kostprobe dessen, was unsere Mitglieder beschäftigt?

Im Rahmen unserer Studie haben wir unsere Mitgliedsunternehmen gefragt:

Welches konkrete Gesetz ist aktuell die größte Existenzgefährdung für Ihr Unternehmen?

ABWV, AmG, ArbSchG, AWSV, BetrSichV, BImSchG, BNatSchG, BodSchG, BPR-Verordnung, ChemG, Chem-VerbVO, CLP, CSDDD, CSRD, EnWG, EUDR, EUETS, GHS, GLP, GMP, IED, IVDR, KrWG, LKSG, NaGemV, NIS2, OGV, PCN, PPWR, REACH, TA Luft, TA Lärm, TARS, TRGS, VerpackG, VerpackVO, WHG, WGC BREF, WRRL, ...

Von unseren 187 Befragten gaben hierzu 120 eine oder gar mehreren Regelungen an. Was Sie hier oben gesehen haben, ist also nur ein Auszug.



Die Logik von Bürokratie

Wird Bürokratie überbewertet? Fehlt es den Unternehmen an juristischer Kompetenz? Machen sie Dinge, die sie gar nicht machen müssten? Wir haben gefragt:

Wenn ein Unternehmen die Anforderungen eines Gesetzes viel umfassender erfüllt, als es müsste – Was ist Ihrer Meinung nach der Grund dafür?

Es stellt sich heraus: 46 % der Befragten betreiben Übererfüllung in Erwartung weiterer Regulatorik. Sei es das Zusammenwirken unterschiedlicher Gesetzgebungsebenen, die Überarbeitung eines Gesetzes oder die Verschärfung von Grenzwerten – die Unternehmen erkennen keine echte Planungssicherheit und wollen nicht unvorbereitet in eine kritische Situation geraten.

72 % sagen:

„Bürokratisches Denken färbt ab, manchmal machen wir uns das Leben noch schwerer, als es sein müsste.“

40 % der Unternehmen gehen über rechtliche Verpflichtungen hinaus, weil Sie externer Beratung folgen. Darin zeigt sich ein weiteres Problem: Gesetze werden immer komplizierter, immer weniger nachvollziehbar – gerade für kleinere mittelständische Unternehmen sind sie alleine gar nicht mehr bewältigbar.

Unbedachte Regulatorik erzeugt also eine Eigendynamik, die deutlich über die Regelungsabsicht hinausgeht. Könnte demgegenüber die Übererfüllung von Regulatorik möglicherweise auch ein Wettbewerbsvorteil sein? Gerade einmal 8 % glauben das.



Die Wettbewerbsfähigkeit

Während die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland mit erschwerten Wettbewerbsbedingungen zu kämpfen hat, erleben wir im politischen Raum einen ganz anderen Wettbewerb: Den um die nächste, neueste, „perfektere“ Regulierung. Nicht selten werden EU-Vorschriften aus Brüssel im politischen Berlin nochmals durch „Goldplating“ überboten, ohne die Folgen wirklich abzuschätzen. Doch gerade in umkämpften Märkten sind die dadurch ausgelösten Kosten ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor. Insbesondere, wenn man sie selbst nicht beeinflussen kann.

Wir wollten wissen:

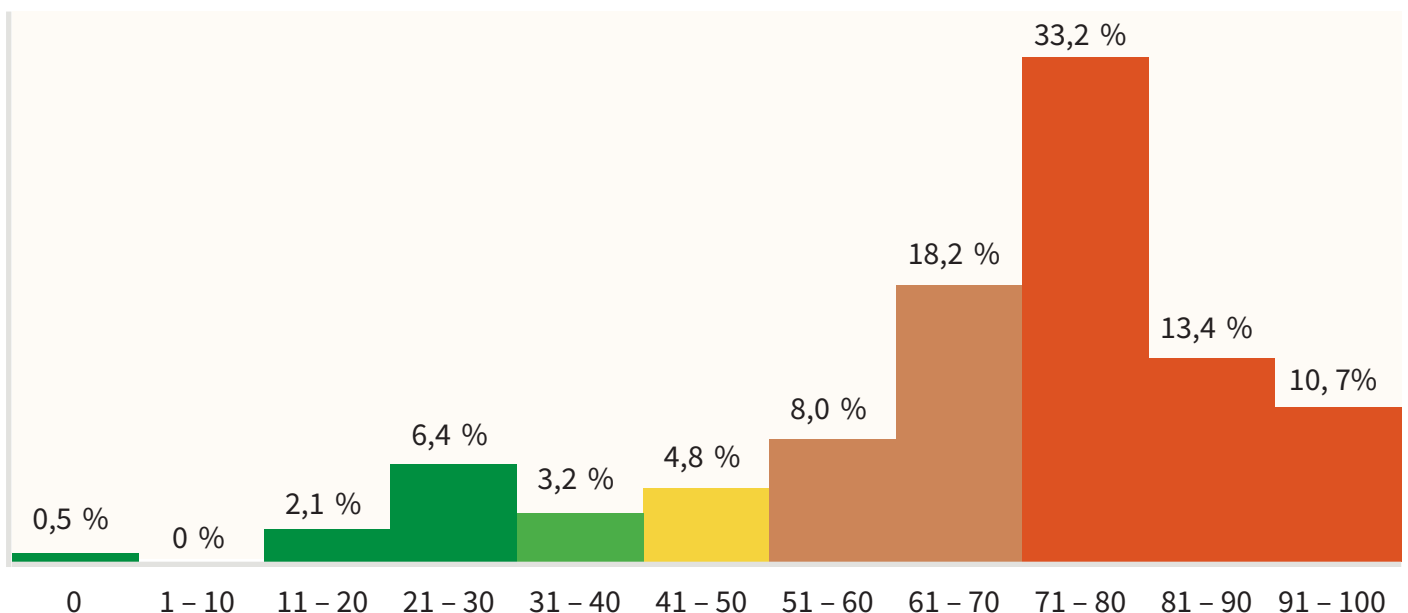
„In welchem Maß gefährdet die Bürokratie in Deutschland Ihre Wettbewerbsfähigkeit?“

Die Befragten konnten einen Wert zwischen 0 und 10 angeben.

Sie kennen das vielleicht vom Besuch in der hausärztlichen Praxis. Wenn Sie Schmerzen haben, werden Sie dort auch gebeten, diese auf einer Skala von 0 bis 10 einzuordnen. Die 10 gilt dabei als „stärkster vorstellbarer Schmerz“.

Der starke Schmerz beginnt ab dem Wert 7, Alltagsfähigkeiten sind eingeschränkt, die Konzentration fällt schwer, es kommt zu Schlafstörungen. Ab 8 ist notfallmedizinische Hilfe erforderlich. Der Durchschnitts-Bürokratie-Schmerzwert unserer Teilnehmenden liegt bei 7. Mehr als ein Drittel aller Unternehmen liegt darüber.

In welchem Maß gefährdet die Bürokratie in Deutschland Ihre Wettbewerbsfähigkeit?



Die Existenzfrage

Ob wir nicht etwas übertreiben, fragen Sie sich jetzt vielleicht?

Wir haben unsere Mitgliedsunternehmen gefragt: „Welche Probleme hat Ihr Unternehmen durch die Bürokratie hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit am Standort Deutschland?“ Es zeigt sich: Kaum ein Bürokratie-Thema, das mittlerweile nicht größere Probleme macht. Ob Wirtschaftlichkeit, Dauer von Genehmigungsverfahren oder Flexibilität von Behörden.

Selbst Innovationen zu erproben und umzusetzen ist mittlerweile für eine Mehrheit von 55% mindestens ein größeres Problem.

Greifen wir einen Aspekt besonders heraus:

Für 18 % (=34 existierende Unternehmen) ist die Zulassung neuer Anlagen ein existenzielles Problem, für 13 % (=24 Unternehmen) der Weiterbetrieb. Macht 58 bestehende oder geplante Anlagen bei 187 Unternehmen – die Zukunftsfrage ist für viele bereits heute eine Existenzfrage!

Sachverhalt	größeres Problem	existenzielles Problem	Gesamt
Schlechte Wirtschaftlichkeit beim Einhalten aller Regeln.	50 %	35 %	85 %
Die lange Dauer von Genehmigungsverfahren.	47 %	33 %	80 %
Fehlende Flexibilität von Behörden bei der Nutzung gesetzlicher Spielräume.	53 %	22 %	75 %
Beschränkungen bei der Verwendung von Rohstoffen und Materialien.	42 %	28 %	70 %
Die Zulassung von neuen Anlagen und Betrieben.	49 %	18 %	67 %
Innovationen können nicht erprobt und umgesetzt werden.	39 %	16 %	55 %
Schwierigkeiten bei der Zulassung von Produkten.	32 %	16 %	48 %
Die Genehmigung des Weiterbetriebs bestehender Anlagen.	34 %	13 %	47 %

Die Zukunftsfrage

Es schmerzt, zu formulieren was sich gerade abzeichnet: Wir laufen unmittelbare Gefahr, alt-ingesessene Unternehmen, die zugehörigen Arbeitsplätze, aber auch das Know-how und die Versorgungssicherheit mit Produkten und Stoffen für andere Industrien zu verlieren. Die Unternehmen der chemisch-pharmazeutische Industrie sind von ihren Möglichkeiten überzeugt.

88 % sagen:

„Die Öffentlichkeit weiß nicht, welche Zukunftschancen die Chemie zu bieten hat.“

Die Zukunftsfrage, die wir hier nicht beantworten können, lautet schlicht:

Möchte Deutschland auch in Zukunft eine breite, mittelständische chemisch-pharmazeutische Industrie haben?

Falls ja, dann ist jetzt dringendes Handeln gefragt.



Mehr Realität wagen

Die Unternehmen der chemisch-pharmazeutische Industrie im Norden sind keine „Gesetzes-Feinde“. Es sind in aller Regel nicht die politischen Ziele, die den Unternehmen Sorge bereiten. Auch sie wollen saubere Luft, sauberes Wasser und Sicherheit am Arbeitsplatz. Allerdings sind 76 % unserer Befragten der Meinung, dass in der chemisch-pharmazeutische Industrie die Ziele der gesetzlichen Regelungen zwar richtig sind, die konkreten Regelungen aber wirkungslos sind und ihre Ziele nicht erreichen.

87 % sagen:

„Viele Gesetze haben zwar eine gute Absicht, gehen aber an der Realität vorbei und erreichen die beabsichtigten Ziele deshalb nicht.“



88 % halten die Regelungen für zu umständlich und komplex.
58 % kritisieren, dass unterschiedliche Gesetze sich widersprechen und Zielkonflikte haben.
58 % bemängeln, dass sich Regelungen zu schnell wieder ändern.
Und 68 % erleben, dass Verwaltungsbehörden nicht wissen, wie sie Regelungen umsetzen sollen.

Was wünschen sich unsere Unternehmen? Gesetze, welche die Praxis berücksichtigen.

Wir haben mehr als 370 Einzelvorschläge und Wünsche von unseren Mitgliedsunternehmen erhalten. Ein Teil davon richtet sich tatsächlich gegen Regeln, die als unnötig empfunden werden und die abgeschafft werden könnten. Sehr viel häufiger allerdings wären Unternehmen mit Vereinfachung oder Veränderung zufrieden, die der Praxis Rechnung tragen.

Und mit Blick in die Zukunft wünschen sich viele auch eine „bessere Rechtsetzung“. Es ist im Interesse unserer Unternehmen, dass wir klare, gute, umsetzbare Gesetze haben. Als Verband bieten wir Politik und Verwaltung an, daran mit dem Praxiswissen unserer Unternehmen mitzuwirken.



Gemäß dem Leitbild der norddeutschen Chemieverbände setzen wir uns mit dem 2024 gegründeten Center of Excellence Bürokratieabbau (CoEB) für den Erhalt und die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Mitgliedsunternehmen ein.

Das CoEB bündelt im VCI Nord alle Aktivitäten im Bereich Bürokratieabbau. In enger Zusammenarbeit mit unseren Unternehmen, Schwesterverbänden sowie Behörden, NGOs und dem Gesetzgeber selbst setzen wir uns dafür ein, die wettbewerbsrelevanten Nachteile durch überbordende Bürokratie abzumildern, zu verhindern, oder wenn möglich sogar rückgängig zu machen.

Mit dieser Studie legt das CoEB eine erste empirische Grundlage zu den bürokratischen Belastungen der stark mittelständisch geprägten chemisch-pharmazeutische Industrie im Norden vor.

Wenn Sie mehr über unsere Arbeit wissen wollen, nehmen Sie gern Kontakt mit uns auf.

Impressum:

Verband der Chemischen Industrie
Landesverband Nord e. V. (VCI Nord)
Haus der Chemie
Sankt-Florian-Weg 1
30880 Laatzen
E-Mail: info@lv-nord.vci.de
Verantwortliche nach § 18 Abs. 2 MStV:
Dr. Sarah Saeidy-Nory (Hauptgeschäftsführerin)

Studienleitung:

Verena A. Wolf, Dr. Timo Rhauderwiek

In Zusammenarbeit mit:

Aucturity GmbH, Freiburg
Andreas Scheuermann (Konzeption & Redaktion),
Carolin Weinheimer (Grafik)

